

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1538
Circulasse Riesa Nr. 82.

Nr. 128.

Dienstag, 3. Juni 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 3 mm hohe Rundschreibweise (8 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Kellameiße 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Demillimeter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Beziger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsjahre: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Deutscher Reichstag.

ab. Berlin, 2. Juni 1924.

Die Regierungskabinette sind leer. Präsident Wallat eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr und gibt bekannt, daß folgende 12 Abgeordnete zu Schriftführern gewählt worden sind:

Dr. Wollig (Dnat.), Laverrens (Dnat.), Schwarz-Frankfurt (Zentr.), Frau Teusch (Zentr.), Schmidt-Reihen (Soz.), Frau Vages (Soz.), Frau Vohm-Schuch (Soz.), Venermann (Dnp.), Pleger (Dem.), Rauch-München (Dnp.), Lucke-Wiesch (Ver.), Schulte-Frankfurt (Dnat.). Die beiden kommunistischen Kandidaten sind ausgefallen. (Wärmende Rufe b. d. Komm.)

Präsident Wallat weist dann darauf hin, daß das Stammsverhältnis und befreundete Oesterreich von einem surschbaren Schicksalschlage getroffen worden ist durch das ebenso rachslose wie unfinstige Attentat auf den Bundeskanzler Dr. Seibel. Die Arbeit dieses hervorragenden, selbstlosen und erfolgreichen Mannes ist dadurch jäh unterbrochen worden. Nach den mündlichen Mitteilungen des österreichischen Gesandten ist das Befinden des verletzten Kanzlers zurzeit befriedigend. Das deutsche Volk, vertreten durch seinen Reichstag, verbindet sich mit dem österreichischen Volke in der innigen Hoffnung, daß der Bundeskanzler seine segensreiche Tätigkeit bald wieder aufnehmen werde. (Lebh. Beifall b. d. bürgerl. Parteien). Der Präsident erbittet die Ermächtigung, der österreichischen Regierung die Teilnahme des Deutschen Reichstages auszusprechen zu dürfen. Diese Ermächtigung wird von der großen Mehrheit des Hauses erteilt, während die Kommunisten Widerspruch erheben. Die Rechte antwortet mit Pluraischen.

Die inhaftierten Abgeordneten.

Auf der Tagesordnung steht dann der Antrag der Nationalsozialisten auf Aufhebung der Festungshaft des Abg. Kriebel (Nat.-Soz.), und die kommunistischen Anträge auf Freilassung der kommunistischen Abg. Vademann, Weiffert, Urbahn, Jadaich, Freudenmann, Schlicht, Buchmann, Florin und Vidau.

Abg. Dr. Wunderlich (Dnat.) berichtet über die Verhandlungen des Weisheitsordnungs-Ausschusses: Dieser hat beschlossen, das Strafverfahren gegen Vademann (Komm.) für die Dauer der Sitzungsperiode einzustellen und die verhängte Untersuchungshaft aufzuheben, und weiter die gegen Kriebel (Nat.-Soz.) verhängte Festungshaft, die gegen Vademann verhängte Gefängnisstrafe, die gegen Buchmann, Florin und Schlicht in München verhängte Untersuchungshaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufzuheben. Auch die Untersuchungshaft gegen Jadaich soll aufgehoben werden, das Untersuchungsverfahren aber weiter gehen. Da bei Urbahn die Untersuchung noch schwebt und bei einer Freilassung die Gefahr der Verdunkelung droht, soll in diesem Fall die Untersuchungshaft nicht aufgehoben werden. Bezüglich der Abg. Weiffert, Vidau und Schlicht ist eine Entscheidung noch nicht getroffen.

Präsident Wallat teilt mit, daß nach einer Meldung aus München die Abg. Buchmann und Florin bereits aus der Haft entlassen worden seien.

Abg. Wodaus (Dem.) stimmt für seine Fraktion der Haftbefreiung des Abg. Kriebel nicht zu. (Plur.-Rufe rechts.) Der Ausschuss habe nicht mit gleichem Recht gemessen. Den Attentäter von rechts wolle er freilassen, nicht aber den von links. Das sollte für den Reichstag eine politische Unmöglichkeit sein. Es bestehe das allgerade staatsliche Interesse, daß ein Hochverräter wie Kriebel keine Strafe verdiene. (Anrufe rechts und links: Und die Hochverräter von 1918/19!)

Abg. Koenig (Komm.) erhebt Protest dagegen, daß man den Kommunisten Urbahn anders behandeln wolle als den deutschpolitischen Hochverräter Kriebel. Auch von der Präsidien- und Schriftführerschaft habe man die Kommunisten ausgeschlossen. Urbahn habe keinen Hochverrat begangen, aber hier im Reichstag seien die Ludenoch und v. Braese, die nachweislich als Hochverräter in München aktiv vorgezogen sind. (Wärm. d. d. Nat.-Soz., Rufe: Jubelstürme!) Abg. Kahl (Dnp.) betont, daß seine Fraktion der Aufhebung der Strafbestrafung grundsätzlich nicht zustimme, also auch gegen die Freilassung der Abgeordneten Kriebel und Vademann stimmen werde. Die Entwicklung der Verhältnisse bedinge auch eine Ablehnung von dem früheren Grundsatze, daß bei politischen Delikten die Abgeordneten durch die Immunität geschützt werden. Wie werden allerdings in jedem einzelnen Fall sorgfältig prüfen. Die Kommunisten sind an diesen Fragen besonders interessiert, weil sie am meisten an Hochverratsplänen beteiligt sind. Die Kommunisten wollen doch auch den Umsturz der jetzigen Staatsordnung; daraus erklärt sich auch, daß die Ehre des Reichstages entwürdigende terroristische Ausreden der Kommunisten in der ersten Reichstagsitzung. Wir lehnen die Haftentlassungsanträge ab.

Abg. Schrenk (Str.) hebt den großen Unterschied hervor, der seiner Meinung nach zwischen der beantragten Freilassung von Kriebel und Urbahn besteht. Verdammungsgelahr liege bei Kriebel nicht vor, wohl aber bei Urbahn. Abg. Freil (Nat.-Soz.) protestiert dagegen, daß die Fälle Urbahn und Kriebel in einem Atem genannt werden. Kriebel ist im Urteil beklagt worden, daß er aus reinen vaterländischen Motiven gehandelt hat. (Rufe bei den Kommunisten: „Deutscher! Freilassung!“) Abg. Deckert (Komm.) wird zur Ordnung gerufen. Urbahn dagegen war der Führer des Hamburger Aufstandes, er wollte im Interesse der jüdischen Internationale Deutschland unter das Joch Rußlands zwingen. (Wärm. bei den Kommunisten.)

Präsident Wallat weist darauf hin, daß er die Aufgabe habe, die Würde und Weisheitsfähigkeit des Reichstages zu wahren. Wenn erforderlich, werde er von seiner unabweisenden Pflicht, Abgeordnete von der parlamentarischen Tätigkeit auszuschließen, unmissverständlich Gebrauch machen.

Abg. Dittmann (Soz.) teilt mit, daß seine Fraktion ihre Stellungnahme zur Haftentlassung von Kriebel von der Entscheidung im Falle Urbahn abhängig machen werde.

Abg. Kunnze (Deutschnat.) wünscht gleiches Recht für beide Fälle.

Abg. Frau Gohle (Komm.) (Ruth Fischer) nennt den Reichstag ein Affentheater und wird zur Ordnung gerufen. Als sie trotzdem weiter von einem Komödientheater spricht, erhält sie den zweiten Ordnungsruf. Sie ruft dann zum Kampfe gegen die Bourgeoisie auf.

Abg. Vohmann (Deutschnat.) erklärt, die Kommunisten müßten anders behandelt werden als andere Parteien, weil sie den Staat vernichten wollen. — Damit schließt die Aussprache.

Das Haus beschließt zunächst die Freilassung des Abgeordneten Freudenmann (Komm.) Die Abstimmung über den Fall Urbahn ist namentlich.

Die Haftentlassung des Abgeordneten Urbahn (Komm.) wird mit 222 gegen 149 Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Auch der Antrag auf Haftentlassung des Abgeordneten Kriebel (Nat.-Soz.) verfiel mit 229 gegen 119 Stimmen der Ablehnung. Für die Haftentlassung stimmten nur die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten. Ferner wird beschlossen, auch die kommunistischen Abgeordneten Vademann, Buchmann, Florin, Schlicht und Jadaich frei zu lassen. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Dienstag 3 Uhr. Rest der Haftentlassungsanträge, gegebenenfalls, auch falls bis dahin die Regierung gebildet ist, Entgegennahme einer Regierungserklärung. Schluß 7/8 Uhr.

Besprechungen mit dem Reichskanzler.

Nach der Plenarsitzung verhandelte Reichskanzler Marx zunächst mit den Vertretern der Deutschnationalen. Nach dieser Besprechung berief er die Vertreter der Mittelparteien zu sich. Fast sämtliche bürgerlichen Fraktionen hatten um 8 Uhr abends noch Fraktionsbesprechungen, um über die Verhandlungen mit dem Reichskanzler Bericht zu erstatten.

In der Besprechung des Reichskanzlers mit den Deutschnationalen waren diese durch die Abgeordneten Dergt, Graf Westarp und Schiele vertreten. Während der Besprechung war auch der Landwirtschaftsminister Graf Kants zugegen. Ueber den Inhalt der Besprechung verweigerten die Beteiligten vollkommenes Verschwiegenheit. Wie jedoch von anderer Seite verlautet, dürfte es sich dabei wieder um die Verdon des Herrn Dr. Stresemann sowie um die Zusammenfassung der preussischen Regierung gehandelt haben. In letzterer Beziehung sei, so wird berichtet, anzunehmen, daß der Reichskanzler jede Einwirkung auf innere Angelegenheiten des preussischen Staates ablehnen und in dieser Frage nicht nachgeben werde. In den Abendstunden war es mehr als zweifelhaft, ob es heute noch zu einer Entscheidung in der Regierungsbildung kommen würde.

Die neuen Verhandlungen mit den Deutschnationalen.

Berlin, 3. Juni. Am Montag hat sich die Situation wieder völlig durch einen Brief des Abgeordneten Dergt an die Deutsche Volkspartei geändert, der bezwecken soll, die Verhandlungen noch einmal mit den Deutschnationalen aufzunehmen. Der Schritt der Deutschnationalen überraschte umso mehr, als die deutschnationalen offiziellen Veröffentlichungen vom Freitag und Sonnabend den Anschein erweckten, als verzichteten die Deutschnationalen völlig auf eine Beteiligung an der Regierung und gingen nun in die verführte Opposition zurück. Der Brief wurde in den Wandlungen des Reichstages sehr lebhaft diskutiert, da er die Lage völlig umgestaltete und den heißen Punkt auf die Tagesordnung setzte: die Freilassung Stresemanns durch die Deutsche Volkspartei. In der Besprechung der Deutschnationalen nämlich, daß Stresemann als Außenminister nicht länger im Amte bleiben soll, da der Kurzwahlwechsel in der Außenpolitik unbedingt vorgenommen werden soll und von Dr. Stresemann nicht durchgeführt werden kann. Die Deutschnationalen betonen, daß dieser Kurzwahlwechsel nicht von heute auf morgen vorzunehmen sei, sondern daß die Linie im großen und ganzen beibehalten werden soll. Einige Fragen, die seit Jahren von den Deutschnationalen diskutiert worden sind, wie die Fragen des Reparationskomplexes, die Militärkontrollen, sollen herausgegriffen werden und den Anlaß zur Neuorientierung geben. Aus diesem Grunde beantragten die Deutschnationalen für sich die Befreiung des Außenministers, wobei sie sagen, daß dieses Amt nicht von einem Parlamentarier besetzt werden solle, sondern vielmehr von einem Fachminister. Die Aushandlung ist nach ihrer Auffassung allerdings gering. Die Deutschnationalen würden unter diesen Umständen auch in ein Kabinett Marx eintreten, wenn der ihnen zukommende Einfluß gesichert ist, wenn auch für sie das Zusammenarbeiten mit Dr. Marx sich sehr schwierig gestalten würde, zumal weite Kreise der Deutschnationalen öffentlich bekannt haben, daß eine Beteiligung der Deutschnationalen an einem Kabinett Marx nicht in Frage komme. Ziel wichtiger aber ist nach wie vor die Freilassung. Die Deutschnationalen werden unter keinen Umständen in die Reichsregierung gehen, ehe sie nicht bestimmte Garantien haben, daß die große Koalition in Preußen geschlossen wird. Sie wollen die Frage an sich gern vertragen, bis die Regierungsbildung im Reiche erfolgt ist, um nicht

neue Schwierigkeiten zu bereiten. Nach Ansicht der Deutschnationalen selbst wird die Krise noch einige Tage andauern, falls nicht die Mittelparteien von sich aus neue Lösungen in Vorschlag bringen, durch die eine Regierungsbildung der Mitte ermöglicht wird.

Die Antwort der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 3. Juni. Die Antwort der Deutschen Volkspartei auf den Brief des Abgeordneten Dergt enthält an sich nichts Neues. Es wird darin mitgeteilt, daß man Herrn Dr. Stresemann nicht fallen lassen will, und daß er solange im Amte bleiben soll, wie er mag und daß es also auf ihn allein ankomme, ob den Wünschen der Deutschnationalen entsprochen werden kann. Der Brief hat bei den Deutschnationalen große Verwirrung hervorgerufen. Man will sich mit dieser Äußerung der Deutschen Volkspartei nicht begnügen. Die Deutsche Volkspartei ist durch den Brief Dergts in eine schwierige Lage geraten, da sie im Falle der Bildung eines Kabinetts der Mitte Stresemann wieder herausschaffen will. Sie kann ihn also jetzt unmöglich fallen lassen und eine präzisere Antwort an die Deutschnationalen erteilen. Auch in der Streifenfrage nimmt die Deutsche Volkspartei keine einheitliche Stellung ein, da die Preußenfraktion seit Bildung der großen Koalition ihre eigenen Wege gegangen ist und schließlich ohne Fühlung mit der Reichstagsfraktion ist. So hängt die ganze Streifenfrage auch beim Zentrum nicht von der Reichstags-, sondern der Landtagsfraktion ab, die bisher mit der Frage überhaupt nicht näher beschäftigt haben.

Die Demokratische Reichstagsfraktion

schickte gestern nachmittag folgende Entschliessung: Nachdem die Deutschnationale Volkspartei am Freitag öffentlich erklärt hat, daß sie eine Kontinuität der bisherigen Außenpolitik ablehnt und eine Ausänderung auf dem Gebiete der Außenpolitik verlangt, die zu der zwischen den drei bisherigen Regierungsparteien vereinbarten Plattform in diametraler Gegensatz steht, fordert die Demokratische Fraktion den Reichskanzler auf, dieser Tatsache Rechnung zu tragen und zu einer Regierungsbildung zu schreiten, da eine weitere Unsicherheit die Lage außenpolitisch gefährdet und wirtschaftlich unerträglich ist.

Protest des Deutschen Beamtenbundes gegen die Gehaltsregelung.

Berlin. Zur Erhöhung der Beamtengehälter hat der Deutsche Beamtenbund eine Entschliessung gefaßt, in der es heißt: Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes hat mit Empörung von der durch Verordnung der Reichsregierung vorgenommenen unsozialen und unzulänglichen Gehaltsregelung Kenntnis genommen. Sie gibt im Hinblick auf die allgemeine Lage und insbesondere wegen der Gehaltsregelung ihrer tiefen Besorgnis für die Gegenwart und Zukunft der deutschen Beamtenschaft Ausdruck und stellt mit großem Bedauern fest, daß die Reichsregierung hierbei kein Verständnis für die Lage der schwer darbedenden unteren Beamtensichten gezeigt hat. Die Bundesleitung lehnt die neue Gehaltsregelung mit Entrüstung ab. Sie erwartet vom Reichstage, daß er an Stelle dieser Regelung eine neue setze, die vom sozialen Geist getragen ist und allen Beamten die Möglichkeit einer menschenwürdigen Lebensführung wiedergibt.

Freilassung der Ruhrgefangenen?

Berlin, 3. Juni. In den Kreisen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird heute mitgeteilt, daß die neue französische Regierung tatsächlich entschlossen sei, ohne eine Intervention der deutschen Regierung abzuwarten, die sofortige Freilassung der während des Ruhrkampfes verurteilten Deutschen zu verfügen. Es wird berichtet, daß Dr. Breitscheid mitgeteilt habe, die französischen Linkspolitiker hätten die Freilassung der deutschen Gefangenen nur einer deutschen Linkspartei zugestanden. Dr. Breitscheid habe vielmehr mitgeteilt, daß ihm übereinstimmend berichtet worden sei, die Freilassung der deutschen Gefangenen seitens der neuen französischen Regierung werde auf jeden Fall als Geste der Veröhnungsbereitschaft gegenüber Deutschland ausgesprochen.

Arbeitsaufnahme an der Ruhr.

Essen. Im gesamten Ruhrbergbau sind gestern 85,52 Prozent der Belegschaft der Frühlicht ansetzbar. Im Bergrevier Duisburg, wo die Kommunisten am härtesten vertreten sind, betrug die Zahl der Arbeitswilligen sogar 97,32 Prozent der Gesamtbelegschaft. Es ist nirgends zu Ruhestörungen gekommen.

250 Millionen Goldmark Verluste.

Essen. Der Zechenverband gibt bekannt, daß durch den Ruhrbergarbeiterstreik und die dadurch veranlaßte Stilllegung der Kohlenförderung 250 Millionen Goldmark Verluste entstanden sind. Die Nachlieferung für die Abflärten beträgt allein eine große Monatsförderung. Der Ausfall an Arbeitslöhnen erreicht fast 170 Millionen Goldmark.